

# DISCUSSION PAPER

Dezember 2017

Maik Bohne, Sebastian Bukow, Laura-Kristine Krause und Peter Siller

## Wieviel Ich im Wir?

Wandel der Repräsentation in Deutschland

Mediale Debatten zu Politikverdrossenheit und politischen Institutionen fokussieren sich in Deutschland oft auf die Umsetzung von Wünschen nach mehr Bürgerbeteiligung. Repräsentation – das grundlegende Gestaltungselement moderner Demokratien – bekommt im Vergleich dazu wenig Aufmerksamkeit. Was sind die Wünsche und Erwartungen an Repräsentation, sowohl aus Sicht der Repräsentierenden (PolitikerInnen) als auch der Repräsentierten? Was bedingt „gute“ Repräsentation? Mit diesen Fragen beschäftigt sich ein neues Projekt, das die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Democracy Lab des Progressiven Zentrums bearbeitet. Das vorliegende Papier ist als Auftakt der Debatte zu verstehen.

## I. Hintergrund

Repräsentation ist das grundlegende Gestaltungselement moderner Demokratien. Ohne das Prinzip der Repräsentation – eng definiert als Vertretung und Bündelung von Interessen durch elektoral legitimierte Personen im öffentlichen Raum – können politische Systeme in komplexen Gesellschaften nicht funktionieren.

Das Prinzip der Repräsentation macht dabei auch aus der Sicht effizienter Steuerung von Gemeinwesen Sinn – aus sehr einfachen Gründen der Komplexitätsreduktion. Repräsentation verringert einerseits die Komplexität der Entscheidungsfindung, weil eine geringere

Anzahl von Akteuren in den Abstimmungsprozess einbezogen werden muss. Andererseits entlastet es die BürgerInnen, weil sie nicht gezwungen sind, alle Vorgänge im öffentlichen Raum kennen, einschätzen und einzuordnen zu müssen.

In Deutschland ist das Prinzip der Repräsentation aus einem weiteren Grund fest verankert: aus Angst vor einer allzu direkten Einflussnahme der BürgerInnen auf die Gestaltung von Politik.<sup>1</sup> Das Grundgesetz weist hier mit Art. 21 den Weg. Parteien wird eine herausgehobene Stellung bei der politischen Willensbildung

1. Vgl. Müller, Jan-Werner (2016): Populismus: Symptom einer Krise der Repräsentation?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 40-42, S. 25.

zugeschrieben. Direkte Demokratie in Form von Volksabstimmungen ist auf Bundesebene nur äußerst eingeschränkt möglich – bei der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29 Abs. 2 GG) und im Fall einer neuen Verfassung (Art. 146 GG).

Betrachtet man Eckdaten zum Deutschen Bundestag am Ende des Wahljahres 2017, funktioniert das parteienorientierte Prinzip der Repräsentation in Deutschland gut: In den Deutschen Bundestag wurden sieben Parteien in sechs Fraktionen gewählt, die 95 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen im Parlament repräsentieren. Die Wahlbeteiligung steigt auf Bundesebene wieder an, von 70,8 Prozent im Jahr 2009 auf 76,2 Prozent im Jahr 2017.<sup>2</sup>

---

### **„In Deutschland gibt es einen tiefgehenden Wandel von Repräsentation.“**

---

Alles gut also? Nein. Hinter den Zahlen zum Bundestag verbirgt sich ein tiefergehender Wandel von Repräsentation. Parteien scheinen immer weniger in der Gesellschaft verankert zu sein. Fast alle Parteien beschäftigen sich mit ihrer Rolle und ihrer Zukunftsfähigkeit unter Rahmenbedingungen, die sich seit den Hochzeiten der Mitgliedsparteien in den 1960er- und 1970er Jahren grundlegend verändert haben. Darüber hinaus gehen Räume für gemeinsame politische Debatten in immer kleinteiliger strukturierten Öffentlichkeiten und in einer Fülle von Möglichkeiten für politischen Engagement zusehends verloren. Zeitgleich gründen sich vermehrt Bürgerinitiativen, Kampagnenplattformen und Verbände, die mit neuen Formen des claim making für sich in Anspruch nehmen, gesellschaftliche Interessen direkter aufzunehmen und im politischen Raum zu vertreten.<sup>3</sup>

Die Symptome des Wandels sind also sichtbar. Was allerdings fehlt, ist eine grundlegende Diagnose ihrer Ursachen. Häufig wird als Grund für die gefühlte Krise der repräsentativen Demokratie ein Vertrauensverlust im öffentlichen Raum angeführt, der seinen Kern in einer wachsenden Distanz zwischen Politik und BürgerInnen

hat.<sup>4</sup> Die entscheidende Frage ist aber: Warum entsteht diese Ferne? Unsere These: Wir sind in eine zeitgleiche Krise des Sich-Repräsentiert-Fühlens und des Nicht-Repräsentiert-Werden-Wollens geraten. Wir müssen Antworten auf diesen Wandel mit einer neuen Form von Demokratiepoltik finden.

---

### **„These: Es gibt eine zeitgleiche Krise des Sich-Repräsentiert-Fühlens und des Nicht-Repräsentiert-Werden-Wollens.“**

---

Die Heinrich-Böll-Stiftung und das Democracy Lab des Progressiven Zentrums setzen an diesem Punkt mit dem Projekt *Wie viel Ich im Wir? Wandel der Repräsentation* in Deutschland an. Wir wollen gemeinsam bewusst eine andere Herangehensweise an das Thema wählen. Im Projekt steht ganz bewusst nicht der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt der Analyse, sondern es beschäftigt sich intensiv mit den rasant gestiegenen Anforderungen an die Repräsentation im politischen Raum – aus zwei Perspektiven: dem Blickwinkel der Repräsentierenden und dem Bedürfnis der Repräsentierten. Dieses Papier steht am Anfang einer Debatte und stellt die aus unserer Sicht zentralen Fragen und im Fokus des Projekts stehenden Entwicklungen dar, in der Hoffnung, eine breite Debatte zum Wandel der Repräsentation in Gang zu setzen.

---

## **II. Herausforderungen für die repräsentative Demokratie**

Die Herausforderungen für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie in Deutschland sind vielfältig: Auf institutioneller, gesellschaftlicher und individualpsychologischer Ebene führen ineinandergreifende Entwicklungen dazu, dass sich ein Unbehagen mit dem Prinzip der Repräsentation eingestellt hat. Die zentralen Entwicklungen für den Wandel der Repräsentation sollen hier kurz skizziert werden.

2. Vgl. Sebastian Bukow (2017): Bundestagswahl 2017: Ergebnisse und Analysen (böll.brief Demokratie & Gesellschaft #5). [www.boell.de/wahlanalysen](http://www.boell.de/wahlanalysen)

3. Vgl. Saward, Michael (2010): *The Representative Claim*, New York, S. 39.

4. Vgl. Meyer, Thomas (1994): *Die Transformation des Politischen*, Frankfurt am Main, S. 75.

## 1. INSTITUTIONEN

Auf der institutionellen Ebene muss konstatiert werden, dass die zentralen Orte, an denen Meinungen der BürgerInnen repräsentiert, gebündelt und verhandelt werden, einem zunehmendem Wandel ausgesetzt sind.

### **Parteiendemokratie: Repräsentationsdefizite beheben**

Parteien sind zentrale Akteure politischer Repräsentation und stehen zugleich vor großen Herausforderungen. In Angesicht ihrer repräsentativen Bedeutung braucht es ein neues Nachdenken, wie sie ihre Funktion besser erfüllen können. Parteien sind weder NGO noch Exekutive - sondern der institutionelle Transformationsriemen zwischen Gesellschaft und legislativer Entscheidung. Sie sind diejenigen Organisationen, die mit Anspruch der Dauerhaftigkeit elementare Verantwortung für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie übernehmen – sei es mit Blick auf die Rekrutierung politischen Personals, in der Bündelung vielfältiger gesellschaftlicher Auffassungen und Interessen oder für die Vermittlung politischer Entscheidungen in die Gesellschaft hinein.

Zugleich gibt es „Repräsentationsdefizite“ im Zusammenhang mit Parteien. Spürbar verändert hat sich die von Parteien organisierte Verbindung zwischen Staat und BürgerInnen. Der Schwund an (aktiven) Mitgliedern vor Ort, die zunehmende Überalterung der Mitgliedschaft sowie eine nicht deskriptiv-repräsentative Mitgliederstruktur ist das sichtbarste Zeichen dieses Wandels. Hinzu kommt eine Professionalisierung von „Politik als Beruf“, die oftmals politische Eigenständigkeit durch biografische Sicherheit ersetzt – mit einem entsprechend frühen Eintritt in die berufspolitische Laufbahn. Die Folge ist eine Schließung der Parteien für Quereinsteiger, wengleich die Professionalisierung der Politikerinnen und Politiker für deren durchaus komplexe Arbeit zugleich von zentraler Bedeutung ist. Dazu kommt die Entwicklung, dass politisch-gesellschaftliche Debatten zunehmend außerhalb der Reichweite von Parteien stattfinden und Individuen andere Engagementformen suchen, in denen sie kurzfristiger und selbstwirksamer politisch aktiv sein können.<sup>5</sup>

In der Konsequenz müssen Parteien neue Ansätze finden, Diskurse auf unterschiedlichsten Plattformen (im Netz, in Initiativen und Verbänden oder in Denklaboren) strukturiert in ihre Entscheidungen zu integrieren. Die Art und Weise, wie Parteien künftig Staat und Gesellschaft verbinden und wie Parteien auch ein Ort der gesellschaftlichen, nicht nur der politischen, Debatte bleiben können, verändert sich – und muss sich noch wirksamer verändern als die eher symbolischen Parteireformen der letzten Jahre vermochten.

### **Parlamentarismus: Spezialisierung oder Spiegel der Gesellschaft?**

Parteien sind vor allem im Parlament wirkmächtige Akteure der Gesetzgebung und der Regierungskontrolle. Parlamente sind der Dreh- und Angelpunkt für legislative Entscheidungen auf der Basis repräsentativer Diskurse. Als direkt gewählte Versammlung sind Parlamente zuvorderst Orte der Debatte. Sie sind die moderne, repräsentativdemokratische Adaption der antiken Agora. Im Parlament treffen die in den Parteien verdichteten Meinungen, Überzeugungen und Positionen der pluralistisch-liberalen Demokratie aufeinander. Parlamente sind somit Orte der Kontroverse ebenso wie des Kompromisses und des Interessenausgleichs, sie sind Kristallisationspunkt der politischen Entscheidungsfindung. Ohne Parlamente ist demokratische Herrschaft ebenso wenig möglich wie eine fundierte Kontrolle politischen Handelns. Dieser zentralen Rolle können Parlamente nur dann gerecht werden, wenn sie strukturell und personell dazu entsprechend in der Lage sind. Eine starke Demokratie bedarf starker Parlamente, eines starken Parlamentarismus. Dazu gehört aber auch – gerade bei Arbeitsparlamenten wie dem Deutschen Bundestag –, dass Arbeits- und Beratungsergebnisse transparent und nachvollziehbar dargestellt werden. Die vermeintlich umfassende Öffentlichkeit der antiken Agora kann dabei kein Maßstab sein, da nicht mehr wenige hundert Stadtbürger sondern vielmehr viele Millionen Staatsbürger die komplexen politischen Prozesse nachverfolgen müssen. Es gilt, parlamentarische Prozesse transparenter zu gestalten. Dazu kommt, dass die vielfach ritualisierten oder gar nur noch schriftlich geführten parlamentarischen Debatten wiederbelebt werden müssen. Transparent, Vitalität und Offenheit sind ebenfalls elementar für einen starken Parlamentarismus.

5. Vgl. Burmester, Hanno / Krause, Laura-Kristine: Mehr als nur Plakate kleben. Warum Parteien eine Mitgliederstrategie brauchen (Discussion Paper 3\_2015 Das Progressive Zentrum)

Durch ihre hohe Binnendifferenzierung haben Parlamente in den vergangenen Jahrzehnten ihre Kapazität und Arbeitsleistung stark verbessert. Der deutsche Bundestag ist ein im internationalen Vergleich sehr leistungsfähiges Parlament. Die damit einhergehende organisationale Komplexität führt jedoch in Verbindung mit Transparenzdefiziten dazu, dass parlamentarische Entscheidungen von der Öffentlichkeit nicht mehr nachvollzogen werden können. Eine zentrale Verlockung des aktuell so erfolgreichen Populismus ist es, vermeintlich einfache Antworten auf schwierige Fragen zu geben. Ein Interessenausgleich, wie er in der parlamentarischen Arbeitsweise institutionell verankert ist, wird als Kompromiss negativ konnotiert. Komplexe Lösungen haben unter den Bedingungen einer digitalisierten Medienöffentlichkeit einen schweren Stand.

Ein wesentliches legitimatorisches Element des Parlamentarismus ist die Annahme einer angemessenen deskriptiven Repräsentation – das Parlament wird als verkleinertes Abbild der Wählerschaft verstanden, das idealiter in zentralen sozio-demographischen Merkmalen (bspw. Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund) in seiner Zusammensetzung der Bevölkerung bzw. dem Wahlvolk entspricht. Dies deskriptive Repräsentation ist ein notwendiger, wenngleich nicht hinreichender Baustein für eine gelungene substantielle Repräsentation, also die tatsächliche Vertretung spezifischer Gruppeninteressen im parlamentarischen Alltag. Allerdings, so eine aktuelle Kritik, lässt die Zusammensetzung des neu gewählten Bundestages Zweifel an seiner deskriptiven Repräsentationsleistung aufkommen: Der Anteil der Frauen ist so niedrig wie in den 1990er Jahren, Abgeordnete mit Migrationshintergrund sind kaum vertreten. Bestimmte soziale Milieus und gesellschaftliche Gruppen sind deutlich unterrepräsentiert. Das hat Folgen für die Integrationskraft und Akzeptanz der repräsentativen Demokratie. Die Erzählung der parlamentarischen Repräsentation lebt davon, dass alle BürgerInnen die Chance haben, vom Repräsentierten zum Repräsentierenden zu wechseln.

## 2. GESELLSCHAFT

Auf der gesellschaftlichen Ebene geraten zunächst diejenigen BürgerInnen<sup>6</sup> in den Blick, die sich nicht mehr in den politischen Prozess integrieren. Eine konstante

Zahl von BürgerInnen hat sich von Politik und Demokratie nachhaltig entfremdet. Zu diesem Wunsch des Nicht-Repräsentiert-Werden-Wollens (als prinzipielle Ablehnung des politischen Systems) kommt das Gefühl des Sich-Nicht-Repräsentiert-Fühlens (als Enttäuschung über die Art und Weise, wie Politik Interessen aus der Gesellschaft aufnimmt und sie bearbeitet). Als Ausdruck des Letzteren können drei wesentliche Prozesse identifiziert werden, die am Prinzip der Repräsentation rütteln.

### **Wiedererstarben spontaner Politik: Eine monitoring democracy etabliert sich**

Deutschland erlebt die Renaissance spontaner Politik. Unterstützt von den wachsenden Möglichkeiten sozialer Kommunikation im Netz, sind BürgerInnen in der Lage, ihre Interessen sehr direkt, sehr schnell und sehr spezifisch zu organisieren – sei es in Form von Bürgervereinen, von Kampagnenbündnissen oder Volksinitiativen. Das ist gut so, wird doch aus empfundener Passivität konkrete politische Aktivität. BürgerInnen treten selbst in die Arena. Die Herausforderung: Vielfach agieren diese neuen Akteure mit einer misstrauischen Haltung gegenüber einer für sie als alternativlos empfundenen Politik. Außerdem suggerieren neue Formate (z.B. Petitionsplattformen) schnelle, mühelose Beteiligung, deren Ergebnisse (z.B. aufgrund falscher Adressaten oder eines ungeeigneten Zeitpunkts) mitunter aber gar nicht im politischen Prozess wirken können. So entsteht eine zunehmend unübersichtliche *monitoring democracy*<sup>7</sup>, die die Macht der Kontrolle und des Auf-die-Finger-Schauens kultiviert, Frustrationspotenzial birgt und nicht unbedingt mit der Bereitschaft einhergeht, konstruktiv Verantwortung für Lösungen zu übernehmen.

### **Die Erosion des öffentlichen Raumes: Das Ende des Lagerfeuers**

Die USA sind ein prägendes Beispiel: Der Zerfall des öffentlichen Raumes in mikrobisch kleine Teilöffentlichkeiten schreitet exponentiell voran. Immer seltener gelingt es noch, Menschen am „Lagerfeuer“ gemeinsam wahrgenommener Öffentlichkeit zu wärmen. Das hat sehr direkte Konsequenzen für die Vermittlung und die Aggregation von politischen Inhalten. Informationen

6. Je nach Studie schwankt diese Zahl zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung.

7. Vgl. Keane, John (2009): *The Life and Death of Democracy*, London, S. 686 ff.

können heute so stark selektiert und privatisiert werden, dass wir im Kern eine Wiederkehr *oraler Stammesgesellschaften*<sup>8</sup> erleben; eine Renaissance von kleinen Gruppen, die empfänglich für die Geschichten einflussreicher Erzähler sind, aber sich gegen Sicht- und Denkweisen außerhalb ihrer Gruppe erfolgreich immunisieren können. Die Folge ist ein sehr bedenklicher Verlust von öffentlichem Raum für eine gemeinsame Verständigung. Denn dort, wo der Bezug auf Allgemeines fehlt und die kommunikativen Zentren an Bedeutung verlieren, geht die Sorge um eine gemeinsame Welt verloren. Oder um es mit den Worten von Daniel Bensaid auszudrücken: „Wenn öffentlicher Raum verkümmert, wird Repräsentation zur Farce.“<sup>9</sup>

### Verlust von Wahrheit(en): Auf dem Weg zum autoritären Individualismus?

Der Konstruktivismus als intellektuelles Programm hat es lange propagiert: Es gibt keine gesellschaftliche Wahrheit. Genau diese Sicht- und Denkweise nutzen populistische Parteien derzeit aus, um mit ihrem Vorwurf der *fake news* und ihrer Kritik an den angeblich wahrheitsverzerrenden Leitmedien zu reüssieren. Jedem seine Wahrheit – das scheint das Prinzip zu sein, mit dem immer öfter jegliche kollektive Autorität abgelehnt wird. Genau diese Einstellung kann jedoch sehr direkt in einen *autoritären Individualismus*<sup>10</sup> führen, der nichts mehr gelten lässt außer den eigenen Ansprüchen und Befindlichkeiten. Diese Entwicklung stellt eine fundamentale Herausforderung für Demokratien dar, die auf dem Prinzip der Repräsentation beruhen. Wenn Wissen und Autorität von ExpertInnen fundamental in Frage gestellt wird, regieren Skepsis und Eigennutz.

### 3. INDIVIDUEN

Diese Beobachtungen führen uns zu Wandlungsprozessen auf der individual-psychologischen Ebene. Auch dort sind Entwicklungen zu identifizieren, die die Neigung des Einzelnen schwächen, seine persönlichen Interessen von elektoral autorisierten Repräsentanten vertreten zu lassen. Auch wenn das Ich das Wir benötigt, um soziale Anerkennung zu erlangen<sup>11</sup>, und ein

neuer Wunsch nach Gruppenidentität und -homogenität besteht, der soziale Komplexität reduzieren helfen soll<sup>12</sup>, so dominiert doch weiterhin ein wachsendes Unbehagen gegenüber einer Integration des eigenen Ichs in größere Gemeinschaften.

### Das autonome Ich: RegisseurIn des eigenen Lebens

Die Freisetzung des Ichs hat seit der frühen Neuzeit einen Prozess der Emanzipation in Gang gesetzt, den das liberalistische Wirtschaftssystem mittlerweile auf die Spitze treibt. Von modernem Marketing unterstützt, suggeriert es: Sei der Autor Deiner eigenen Geschichte, sei Du selbst. In diesen Sätzen stecken zwei wichtige Beobachtungen: (1) Das Ich sollte souverän genug sein, sich nach seinen eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. (2) Das Ich folgt seinem eigenen Gewissen, es ist authentisch und möglichst unverstellt. Mit diesem Anspruch eines „übersteigerten Individualismus“<sup>13</sup> im Gepäck, scheint es einzelnen BürgerInnen immer schwerer zu fallen, ihre eigenen Interessen vertreten zu lassen und damit auf Repräsentanten zu vertrauen, die Kompromisse aus unterschiedlichen Sichtweisen und Positionen finden und schmieden müssen. Karl Marx sah dieses moderne Gefühl des Ausgeliefert-Seins, basierend auf den Idealen der Aufklärung, voraus: „Vertreten zu werden ist überhaupt etwas Leidendes; nur das Materielle, Geistlose, Unselbständige, Gefährdete bedarf einer Vertretung.“<sup>14</sup>

### Das ungebundene Ich: Projekte statt Treue

Es ist ein mittlerweile gut bekanntes und beschriebenes Phänomen: die Bindungsfähigkeit von und an Organisationen lässt spürbar nach. Überspitzt gesagt, huldigt die moderne kapitalistische Gesellschaft dem Projekt, der Aktion, der Kurzfristigkeit. Angelehnt an Schumpeter könnte man behaupten, dass politisches Engagement heute der *schöpferischen Zerstörung* bedarf, um sich immer wieder neu zu erfinden, neue Themen zu entdecken, sich vor der Langeweile kontinuierlicher politischer Arbeit zu schützen. Das Modell der repräsentativen Demokratie in Deutschland basiert hingegen auf einer möglichst nachhaltigen Bindung an

8. Vgl. Baecker, Peter: Studien zur nächsten Gesellschaft, Konstanz, S. 9.

9. Bensaid, Daniel (2016): Der permanente Skandal, in: Agamben, Giorgio (Hg.): Demokratie?, Berlin, 3. Aufl., S. 45.

10. Vgl. ebenda, S. 52/53.

11. Vgl. Honneth, Axel (2017): Das Ich im Wir. Studien zur Anerkennungstheorie, Berlin, S. 30 ff.

12. Vgl. Winnicott, Donald (1989): Übergangsobjekte und Übergangsphänomene, in: ders. (Hg.): Vom Spiel zur Kreativität, Stuttgart, S. 23 ff.

13. Mishra, Pankaj (2017): Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart. Stuttgart, S. 22.

14. Zitiert in: Stedman Jones, Gareth (2017): Karl Marx. Die Biographie, Stuttgart, S. 76.

den politischen Raum; auf Menschen, die einen langen Atem mitbringen, um sich in Organisationen zu engagieren und sich durchzusetzen. Dieser Langmut scheint vielen Teilen der Gesellschaft abhandengekommen zu sein, die immer stärker auf kurzfristige Gratifikationen für politisches Engagement setzen.

### Das besorgte Ich: Angst vor Statusverlust

Fortschrittskritik ist heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen.<sup>15</sup> Die Verteidigung des Status Quo, so scheint es, hat Vorrang vor der Bereitschaft zur Veränderung. Das gilt für den Protest gegen den Neubau von Immobilienprojekten, Verkehrswegen oder Stromleitungen vor Ort genauso wie für allzu progressive Politikentwürfe auf nationaler Ebene. Die Analyse verschiedenster Bürgerprotestbewegungen zeigt: Die Angst vor Statusverlust äußert sich in einem neuen Hang zum Egoismus, der persönliche Interessen sehr klar über das abstrakte Gut des Gemeinwohls stellt – mit dem Leitmotiv des *my backyard first* im Kopf. So schreiben Walter und Michelsen sehr treffend: „Politisch reagiert wird nur noch dann, sobald kollektiv bindende Entscheidungen in den eigenen Lebensbereich einbrechen und dort als untragbar wahrgenommenen Schaden anrichten.“<sup>16</sup> Diese „Ichsucht“ beinhaltet einen tendenziell zersetzenden Charakter für eine Demokratie, weil es immer schwerer fällt, gemeinsame politische Zukunftsentwürfe zu skizzieren - und sie verbindlich durchzusetzen.

## III. Wege in die Zukunft: Was ist zu tun?

Die repräsentative Demokratie – das haben die bisherigen Ausführungen gezeigt – steht vor enormen Herausforderungen. Das ist nicht neu. Ulrich Sarcinelli bezeichnete die Krise der Repräsentation bereits 2011 als demokratische Normalität. Thomas Meyer sprach sogar von einer Dauerkrise der Repräsentation. Das sollte den Ernst der Lage aber nicht unterschätzen.

Klar ist: Die Demokratie in Deutschland muss sich wandeln – und das kann sie auch. Demokratie ist als fortwährendes Projekt, das niemals zum Abschluss kommt, zu verstehen, und keineswegs statisch.

Mit Blick auf die Repräsentierenden und das Bedürfnis der Repräsentierten stellen sich drei **fundamentale Fragen** für die Zukunft:

- Wie werden die zunehmend fragmentierten Meinungen und Interessen in der Gesellschaft so zusammengeführt, dass auch zukünftig ein als responsiv wahrgenommenes Gemeinwohl entstehen kann?
- Welche kreativen Möglichkeiten der Reform der Repräsentation bestehen, die über den plakativen Ruf nach mehr direkter Beteiligung hinausgehen – und die dazu führen, repräsentierende Instanzen zu stärken anstatt sie zu schwächen?
- Wie und wo können neue Orte der Repräsentation von Meinungen geschaffen werden, die einen zivilisierten und integrierenden Diskurs über Politisches ermöglichen?

Um diese Fragen sehr konkret zu beleuchten (und sie idealerweise zu beantworten), ist das **Projekt *Wie viel Ich im Wir? Wandel der Repräsentation in Deutschland*** entstanden. In einem ersten Schritt wollen wir den Wandel der Ansprüche an das Prinzip der Repräsentation besser verstehen – mit Meinungsbildern von Repräsentierenden (Interviews) und Repräsentierten (Fokusgruppen). In einem zweiten Schritt sollen aus dieser Analyse neue Ideen für die Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens in Deutschland extrahiert und getestet werden. Sowohl die Analyse als auch die entwickelten Reformansätze sollen in einem dritten Schritt zu einem prägnanten Policy Paper zusammengefügt werden, das mit sehr konkreten Einschätzungen und Empfehlungen die öffentliche Debatte über die Zukunft der Demokratie zunächst bis Sommer 2018 bereichern soll.

15. Bude, Heinz (2014): *Gesellschaft der Angst*, Hamburg.

16. Vgl. Michselsen, Danny / Walter, Franz (2013): „Verschwinden“ oder „Neuerfindung“ der Politik?, in: dieselben (Hg.): *Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation*. Berlin, S. 46.

## Die Autoren



**Dr. Maik Bohne** ist Fellow im Democracy Lab des *Progressiven Zentrums* und Inhaber der Dialogberatung „*Die Gesprächspartner*“. Maik Bohne leitete 2009 u.a. die bundesweite, überparteiliche Mobilisierungskampagne „*Die Demokratiebotschafter*“ und arbeitete für die Beratungsgesellschaft *IFOK* mehrere Jahre für öffentliche Verwaltungen und Unternehmen. Von 2013 bis 2017 war er in der Strategieabteilung der *Hamburg Port Authority (HPA)* tätig. Maik Bohne beschäftigt sich publizistisch und wissenschaftlich mit Fragen von Vertrauensverlust im öffentlichen Raum und der Reform der Demokratie (u.a. für *Handelsblatt*, *Cicero*, *Süddeutsche Zeitung*).



**Dr. Sebastian Bukow** leitet das Referat für Politik- und Parteienforschung der *Heinrich-Böll-Stiftung Berlin*. Ehrenamtlich ist er u.a. im Vorstand der *Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft* sowie als Sprecher des *AK Parteienforschung der DVPW* engagiert. Beruflich war er zuvor an der *Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf*, der *Humboldt-Universität zu Berlin*, am Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung sowie im Landtag *Baden-Württemberg* tätig. Forschungsschwerpunkte sind das Politische System der BRD in Europa, politische Institutionen im inter- und subnationalen Vergleich (insb. Parteien und Parlamente) sowie das Politikfeld *Innere Sicherheit*.



**Laura-Kristine Krause** ist Programmleiterin „*Zukunft der Demokratie*“ des *Progressiven Zentrums e.V.* Zuvor war sie Senior Associate bei der Strategieberatung *Bernstein Public Policy* und ist Co-Vorsitzende von *D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt*. Sie studierte Politik- und Staatswissenschaften in Passau, Berlin und Seattle. Frühere berufliche Stationen absolvierte sie u.a. im Wahlkampfteam von *Hillary Clinton* und als Referentin von *Martin Schulz* im *SPD-Europawahlkampf*. Sie publiziert zu den Themen *Digitalpolitik*, *Parteireform* und *Frauen in der Politik*.



**Peter Siller** ist Leiter der Inlandsabteilung der *Heinrich-Böll-Stiftung*. Zuvor war er Scientific Manager des Exzellenzclusters „*Formation of Normative Orders*“ an der *Goethe Universität in Frankfurt am Main* und Mitglied des Planungsstabs im *Auswärtigen Amt*. Peter Siller studierte Rechtswissenschaften und Philosophie und hat zahlreiche Beiträge zu politischer Theorie und Praxis veröffentlicht.

### Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel des Progressiven Zentrums ist es, gemäß dem Dreiklang „Vordenken – Vernetzen – Streiten“ fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Wir wollen dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.



### Das Democracy Lab des Progressive Zentrums

Das Democracy Lab ist die Plattform für demokratische Innovationen im Progressive Zentrum. Das Lab vernetzt und fördert Projekte, die Herangehensweisen und praktische Lösungsansätze für die Innovation der liberalen Demokratie und die Stärkung politischer Akteure und Institutionen entwickeln. Die Projekte im Lab sind interdisziplinär und international und werden in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnerorganisationen realisiert.

Das Democracy Lab beschäftigt sich mit dem Thema Repräsentation im Wandel im Rahmen des Projekts „Democracy 2025: Demokratische Innovationen für eine Gesellschaft im Wandel“, unterstützt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als Teil des Programms „Demokratie leben!“.

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

### Die Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die grüne politische Stiftung mit den Schwerpunkten Ökologie, Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte. Ein zentrales Arbeitsfeld des Referats Politik- und Parteienforschung ist der Wandel von demokratischen Institutionen, insbesondere von Parteien und Parlamenten.

HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

www.boell.de  
info@boell.de  
www.facebook.com/boellstiftung  
twitter: @boell\_stiftung

### Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2017

Ausgabe: Dezember 2017

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e.V.  
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,  
Katarina Niewiedzial  
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org  
mail@progressives-zentrum.org  
www.facebook.com/dasprogressivezentrum  
twitter: @DPZ\_Berlin

Design: 4S and Collet Concepts  
Layout: Daniel Menzel